

Aufstehen statt Aussitzen!

**GESELLSCHAFTSPOLITISCHE
ANALYSEN UND IDEEN DER
SCHÜLER UNION NIEDERSACHSEN**



Aufstehen statt Aussitzen !

Leitantrag zum 23. Landesdelegiertentag der
Schüler Union Niedersachsen in Osnabrück
Beschlossen am 29. Mai 1994

Herausgeberin:

Schüler Union Niedersachsen
Postfach 21 03 80
30403 Hannover
Tel.: (0511) 27991-48
Fax: (0511) 27991-31
E-Mail: SULVNds@aol.com

Liebe Mitschülerinnen und liebe Mitschüler!

Unter dem Motto "Aufstehen statt Aussitzen!" hat sich die **Schüler Union Niedersachsen** auf ihrem 23. Landesdelegiertentag mit den Ursachen des zunehmenden politischen Desinteresses vieler junger Menschen beschäftigt.

Wir leben in einer Zeit, in der eine steigende Gewaltbereitschaft, bedenklicher Medienkonsum und ein Rückzug in das Privatleben zu verzeichnen sind. Immer weniger Mitschülerinnen und Mitschüler sind bereit, Verantwortung in der Schülervertretung zu übernehmen. Vereine, Verbände und Parteien beklagen zunehmende Akzeptanzprobleme bei der Jugend.

Dies war Grund genug für die Schüler Union, sich einmal dieser Thematik anzunehmen. Das Ergebnis der Diskussionen und Vorschläge der Delegierten des 23. Landesdelegiertentages liegt nun als Broschüre vor Euch.

Wir hoffen, daß es uns gelungen ist, Lösungswege aus diesem gesellschaftlichen Problem aufzuzeigen und wünschen Euch eine interessante Lektüre!

I. Wo stehen Schüler und Jugendliche heute?

Aus Meinungsumfragen geht hervor, daß junge Menschen größtenteils optimistisch und aufgeschlossen in die Zukunft blicken. Ihre Wünsche sind: Frieden in der Welt, Freiheit des Denkens und Handelns, wahre Freundschaft und familiäre Sicherheit.

Demonstrationen gegen den Golfkrieg, Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit, Spendenaktionen für die Menschen im ehemaligen Jugoslawien und ähnliche Aktionen zeigen die Bereitschaft vieler Schülerinnen und Schüler, bei konkreten Problemen aufzustehen und sich für ein Ziel einzusetzen. Die drohenden Umweltkatastrophen vor Augen engagieren sich junge Menschen in Naturschutzorganisationen und -initiativen.

Doch andererseits sind immer weniger junge Menschen bereit, in politischen Organisationen mitzuarbeiten. Die Analysen der jüngsten Wahlen bieten erschreckende Zahlen über das Wahlverhalten (Protestwahl) und die Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und Erstwähler. Den politischen Parteien schlägt Desinteresse oder gar Ablehnung entgegen. Mit „den Parteien“ und „den Politikern“ wollen die meisten nichts zu tun haben. Nur wenige Schülerinnen und Schüler sind bereit, in der Schülervvertretung mitzuarbeiten. Größtenteils besteht nur ein geringes Interesse an der Arbeit der SV. Kritik wird zwar geäußert, die Bereitschaft, selbst Verantwortung zu übernehmen, fehlt jedoch. Es wird Zeit, daß mehr junge Menschen aufstehen und die Probleme angehen, anstatt verdrossen die Probleme auszusetzen.

Die Orientierung der jungen Menschen wird zusehends beeinflußt durch die Komplexität und Vielschichtigkeit der heutigen Welt. Diese Komplexität setzt sich zusammen aus:

- kultureller wie materieller Vielfalt
- wachsender medialer Informationsflut
- einer immer kürzer werdenden Halbwertszeit des Wissens

- gesellschaftlicher Pluralität
- dem Zusammenbruch utopischer Ideologien z. B. des sozialistischen Systems.

Das Resultat dieser Entwicklung ist ein Gefühl der Überforderung in weiten Kreisen der Bevölkerung, das sich in der Folge in einem abnehmenden gesellschaftlichen Engagement niederschlägt. Nur wenige trauen sich mehr zu, in einer solch komplexen Welt noch etwas verändern zu können. Die Folge ist der Rückzug ins Private.

Die geistige Grundlage für diesen Rückzug hat unter anderem mit den Idealen der 68er-Studentenrevolte zu tun: In dieser Bewegung wurde die „Selbstverwirklichung des Menschen“ als sein oberstes Ziel propagiert. Der Schrei nach Selbstverwirklichung, der eine Forderung nach mehr individuellen Rechten war, bewirkte eine Auseinkopplung der Beziehung von Rechten und Pflichten. Rechte und Pflichten waren vorher zwei Seiten ein und derselben Medaille: Die Forderung nach mehr Rechten beinhaltete auch die Bereitschaft, mehr Pflichten zu übernehmen.

Die „Emanzipation des Menschen“ als verkürztes Grundrecht bewirkte einen Rückzug aus dem öffentlichen ins private Leben, der sich in einer schon seit Jahren andauernden Verbandsverdrossenheit zeigt: Immer weniger Menschen sind bereit, sich in Kirchen, Pfadfindergruppen, Parteien, Jugendverbänden, Sportvereinen usw. einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Schließlich steht das Engagement für solche Verbände scheinbar der eigenen Entfaltung im Wege. Die Zahl derjenigen, die in der Flucht ins Private ihr persönliches Glück zu finden glauben, steigt ständig.

Das egoistische Einfordern des Rechts auf freie Persönlichkeitsentfaltung schließt den anderen aus; es wird gefragt, was die Gesellschaft für einen tun muß, selten aber, was man selbst für die Gesellschaft tun kann. Somit verkommt der Begriff „Gesellschaft“ zur inhaltslosen Ausrede

für eigenes Versagen und dient nur als Adressat für Berechtigungsansprüche.

Die Pluralität, die sich in einer vielseitigen Medienwelt und neuem kulturellen wie materiellen Reichtum äußert, dient oftmals nur als Mittel zur persönlichen Entfaltung und führt in dieser Gebrauchsform dazu, daß sich immer mehr Menschen in der heutigen wohlstandsorientierten Welt nicht mehr zurechtfinden. Gerade die stärkere Pluralität unserer Zeit verlangt ein Mehr an Orientierung. Viele junge Menschen fühlen sich heute aber orientierungslos.

In dieser Hinsicht hat die Erziehung in der Vergangenheit versagt; deswegen muß hier eine neue Schwerpunktsetzung vorgenommen werden, die ehrenamtlichem Engagement wieder mehr Bedeutung zumißt. Es muß versucht werden, das Interesse am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehen wieder verstärkt zu wecken. Die schulische Pädagogik wird derzeit noch zu stark durch Einzelbezogenheit dominiert. So werden z.B. Arbeitsformen wie Teamarbeit viel zu selten angewendet und nur unzureichend eingeübt.

Neben dem Aspekt der Selbstverwirklichung war die antiautoritäre Erziehung ein weiteres Ideal der 68er-Generation: Durch sie sollte sich der einzelne - unabhängig von Staat oder Gemeinschaften - kreativ entfalten. Dieses falsch verstandene, einseitige Recht auf freie Selbstentfaltung und die mangelnde Akzeptanz sowie die negativ belegte Vorstellung von Autorität (Autorität ist nicht gleich autoritär) bedingte, daß junge Menschen die Gewalt immer mehr als Mittel zur Durchsetzung ihrer eigenen Ziele akzeptieren, ungeachtet der Würde des Menschen als oberste moralische Autorität - die hohe Gewaltbereitschaft auf den Schulhöfen ist nur ein Beleg dafür.

Die erschreckend hohe Akzeptanz von Gewalt als Mittel zum Zweck in Teilen der Jugend resultiert auch aus der zunehmenden Gewaltdarstellung in den Medien. Der Einfluß und die Bedeutung der Massenmedien (insbesondere des Fernsehens) ist durch die Entwicklung neuer Technologien und durch steigende Kommerzialisierung erheblich gewachsen. Diese enorme Weiterentwicklung der Medienlandschaft hat nicht nur zu deren Vielfältigkeit beigetragen, sondern auch - aufgrund

des harten Konkurrenzkampfes - die Bereitschaft der Anstalten, Gewalt zu zeigen, gesteigert. Somit wurde vielen Menschen unterschwellig suggeriert, daß Gewaltbereitschaft etwas „gewöhnliches“, ja sogar „notwendiges“ sei, um die eigenen Ziele zu erreichen. Daß sich das öffentliche Interesse kaum dieser Frage widmet, zeugt von der neuen Akzeptanz, die der Gewalt in Teilen der Gesellschaft eingeräumt wird. Auch hier zeigt sich Handlungsbedarf: Das Verantwortungsbewußtsein der Medien als vierte Macht im Staate muß weiter geschärft werden. Außerdem müssen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Jugendliche durch die Schule auf die Chancen und die Gefahren in unserer Informationsgesellschaft vorbereitet werden können. Die Schülerrechte bzw. wirkliche Gestaltungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler müssen verstärkt und konkretisiert werden, so daß Jugendliche möglichst früh an die notwendige Übernahme von Verantwortung gegenüber sich selbst und den anderen herangeführt werden. Die Rechte der Schülerinnen und Schüler, wie auch die Rechte der Schülervvertretung müssen gestärkt und ausgebaut werden. Nur wenn Schülerinnen und Schüler merken, daß sich Engagement lohnen kann, z.B. bei erreichten Veränderungen, werden sie ihr Schneckenhaus verlassen, und ins öffentliche Leben zurückkehren.

II. Politik- und/oder Parteienverdrossenheit?

Eines der in der laufenden politischen Diskussion wohl am meisten strapazierten Schlagwörter ist die „Politikverdrossenheit“. Sie wird vor allem an wachsender Unzufriedenheit der Menschen an der Politik, wie sie immer wieder in Meinungsumfragen deutlich wird, sowie an zurückgehender Wahlbeteiligung deutlich gemacht.

Viele Menschen geben in Umfragen an, nur noch deshalb eine der etablierten Parteien zu wählen, damit keine Radikalen in die Parlamente einzögen, ansonsten würden sie sich am liebsten ganz verweigern und gar keine Stimme abgeben, was ebenfalls von vielen Wahlberechtigten durchgeführt wird. Hierbei paart sich dann Desinteresse mit Enttäuschung oder Wut auf die demokratischen Parteien.

Dieses Wahlverhalten muß ernst genommen werden. Darum ist eine Diskussion innerhalb aller demokratischen Parteien darüber nötig, wie man dem Vertrauensverlust bei den Menschen begegnen und das mittlerweile verheerende Image der Parteien und Politiker verbessern kann, schließlich wird das Schlagwort „Politikverdrossenheit“ mittlerweile auch umgedeutet in „Parteienverdrossenheit“.

Die Hauptkritikpunkte an den demokratischen Parteien bzw. den Politikern sind:

- „Absahnermentalität“ der Politiker
- Desinteresse der Politiker an den Sorgen und Ängsten der Bürger
- Verschwendung von Steuergeldern
- Verstecken hinter „übergeordneten Interessen“
- mangelnde Bereitschaft, den Bürgern Entscheidungen zu erklären, stattdessen
- rechthaberische Politiker
- totale Durchdringung der Gesellschaft durch „Parteienfilz“
- unwürdiges „Gekungel“ um Posten und „Ämterklüngel“
- das Kleben an Ämtern und Machtpositionen (sog. „Platzhirsche“)
- Mangelndes Verständnis für „Querdenker“, „Einheitsmeinung“ in den Parteien, der sich alle zu fügen haben.

Bei diesen Vorwürfen handelt es sich um eine brisante Mischung aus Tatsachen und Vorurteilen, die - gerade durch die Medien - als Beschreibung „der Politik“ transportiert und verinnerlicht wird. Einige schwarze Schafe innerhalb der Politik ruinieren mit ihrem Verhalten den Ruf einer ganzen Gruppe von Menschen, zumal die Medien Skandale gerne aufnehmen und teilweise - auch aus parteipolitischem Kalkül - hochspielen.

Es ist nicht verwunderlich, wenn angesichts solch vernichtender Urteile gegen „die Politik“ immer mehr Politikerinnen und Politiker die Lust verlieren, sich für die Allgemeinheit zu engagieren. Gerade im kommunalen Bereich gibt es immer weniger Menschen, die für die Parlamente kandidieren. Besonders unter Jugendlichen wird die geringe Zahl derjenigen, die sich in einer Partei engagieren, oftmals verdächtigt, nur auf Macht aus zu sein, bzw. sich irgendwelche Vorteile von ihrer Mitarbeit

zu erhoffen. Daß sicherlich die meisten nicht aus Kalkül, sondern aus Interesse an der Allgemeinheit mitarbeiten, kann sich so recht keiner mehr vorstellen.

Es kann aber nicht nur darum gehen, die Kritiker der Politik zu verurteilen. Man muß vielmehr sehr intensiv überlegen, was an den oben genannten Vorwürfen wahr ist und verändert werden muß. So sind z.B. folgende Überlegungen denkbar:

- Stärkere Bereitschaft der Politiker, die Bevölkerung über die Gründe ihres Handelns zu informieren, z.B. über Entscheidungen im Zusammenhang mit der Europäischen Union, die von vielen Bürgerinnen und Bürgern eher mit Angst als mit Hoffnung betrachtet werden, da sie nicht über ihre wahre Bedeutung informiert sind
- Ein Aufbrechen der Durchdringung der Gesellschaft durch die Parteien. So muß es z.B. möglich sein, auch ohne das „richtige Parteibuch“ in verantwortungsvolle öffentliche Ämter berufen zu werden
- Größere gesellschaftliche Akzeptanz anderen politisch-demokratischen Meinungen gegenüber
- Stärkere Einbindung von Seiteneinsteigern in den Parteien
- Urwahl von Kandidaten durch die Parteibasis
- Einbindung von jungen Menschen in die Politik und auch in verantwortungsvolle Bereiche, aber kein Berufspolitikertum
- Eröffnung von Möglichkeiten für interessierte Bürgerinnen und Bürger, mit beratender Stimme in Ausschüssen mitzuarbeiten
- Fairer Umgang mit Kritikern oder Querdenkern in den eigenen Reihen
- Stärkere Gewichtung von gesellschaftspolitischen Aspekten im Schulunterricht, um Grundlagen für das Verständnis von politischen Entscheidungen zu schaffen.

Eine Reparatur des Images der Politik ist jedenfalls dringend erforderlich, um eine irreversible Schädigung unserer Demokratie zu verhindern.

III. Politik und Schule - inkompatibel?

Im Gemeinschaftskundeunterricht wird über unseren Staat informiert und vielfach engagiert und kontrovers über Politik diskutiert. Dennoch ist gerade unter Schülerinnen und Schülern ein tiefes Mißtrauen und vielfach sogar Ablehnung gegenüber den politischen Parteien spürbar. Obwohl der kultusministerielle „Erlaß über die Besuche von Politikerinnen und Politikern in der Schule“ eine Einbindung von Politikern in den Schulunterricht duldet (außer in Wahlkampfzeiten und nur bei gleichmäßiger Verteilung), wird von dieser Möglichkeit kaum Gebrauch gemacht. Dabei wären es gerade solche Schulveranstaltungen, die das Vertrauen von jungen Menschen in die Politik stärken könnten. Vorurteile wie „die da oben interessieren sich sowieso nicht für uns“ könnten abgebaut und durch einen positiven Bezug zu unserem politischen System ersetzt werden.

Aber gerade im Bereich der Schule wird leider oft ganz bewußt auf solche Aktionen verzichtet: Das Mißtrauen gegen „die Politiker“ und die Angst vor „Wahlpropaganda“ sitzen so tief, daß viele Schüler aber auch Lehrer eine Information über die Positionen der Parteien strikt ablehnen.

Dabei wären derartige Veranstaltungen eine große Chance, den demokratischen Dialog zu lernen, und sich eine eigene politische Meinung zu bilden, die ansonsten leider all zu oft nur von Eltern oder Lehrern geprägt wird.

Selbstverständlich ist bei Besuchen von Politikerinnen und Politikern auf eine Gleichbehandlung aller demokratischer Parteien zu achten; parteipolitische Diskussionen sollten in Form von Podiumsdiskussionen durchgeführt werden, damit alle Parteien das gleiche Recht auf Meinungsäußerung bekommen.

Das Auftreten von links- oder rechtsradikalen Parteien in Schulen ist allerdings abzulehnen.

Gerade Schülerinnen und Schüler - das haben Veranstaltungen mit Politikern in der Praxis gezeigt - sind durchaus kritisch im Umgang mit ihren Gesprächspartnern aus der Politik und bestimmt nicht anfällig für billige „Wahlpropaganda“. Es wird Zeit, daß man in der Debatte über

Politik in der Schule von dem Bild des leicht beeinflussbaren Schülers, der sich alle Meinungen, die man ihm vordrängt, aufdrängen läßt, wegkommt. Gerade in Hinblick auf die oben genannten Probleme unserer Gesellschaft ist der „parteifreie Raum Schule“ mehr als abträglich für eine Verbesserung der derzeitigen gesellschaftlichen Situation.

Aufstehen statt Aussitzen!

